

Angleichung und Distanz

Ist Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall zusammengewachsen?

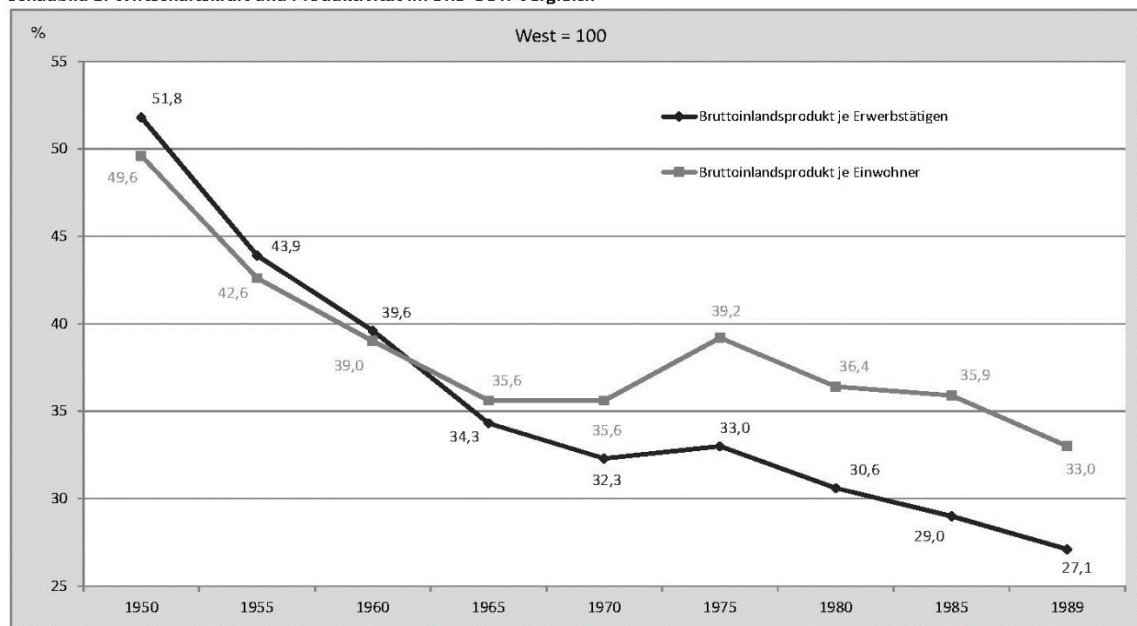
Klaus Schroeder

Während viele westdeutsche Politiker und Wissenschaftler, vornehmlich aus dem linken Lager, der DDR noch Stabilität und Zukunft attestierten, hatte sich dort schon längst eine allgemeine Perspektivlosigkeit sogar bis weit in das Funktionärskorps der SED verbreitet. Die einen – die Mehrheitsbevölkerung – wollten nicht mehr, die anderen – die Führungskader in Partei, Staat und Gesellschaft – konnten nicht mehr. Spätestens mit der Massenflucht und den Massendemonstrationen im Sommer/Herbst 1989 war das Ende der DDR vorgezeichnet.

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, gab es zuerst große Freude und dann großes Entsetzen. Der Sturz der sozialistischen Diktatur und das Gefühl der Freiheit beflügelten die meisten Ostdeutschen. Sie ließen Hoffnungen sprießen. Diese wurden aber sehr schnell von der Realität eingeholt, die zuvor in den von der SED gelenkten Medien weichgezeichnet worden war. Der Traum vieler Ostdeutscher, nicht nur der Bürgerbewegten, den Sozialismus zu demokratisieren und zu modernisieren, war schnell vorbei. Die breite Masse der Demonstranten skandierte nicht mehr „Wir sind das Volk“, sondern „Wir sind ein Volk“.

Die DDR stand kurz vor dem Bankrott, die staatliche Autorität zerfiel und täglich gingen Tausende in den Westen. Ohne finanzielle Hilfe der Bundesrepublik hätte die DDR nur mit einem massiven Sozialabbau und einer generellen Verschlechterung der Lebenssituation fortexistieren können. So blieb nach der ersten und einzigen demokratischen Wahl allein der schnelle Weg in die Wiedervereinigung, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Diese erfolgte nicht auf Augenhöhe, sondern als Beitritt eines unterlegenen Systems zu einem wirtschaftlich und politisch erfolgreicheren.

Schaubild 1: Wirtschaftskraft und Produktivität im BRD-DDR-Vergleich

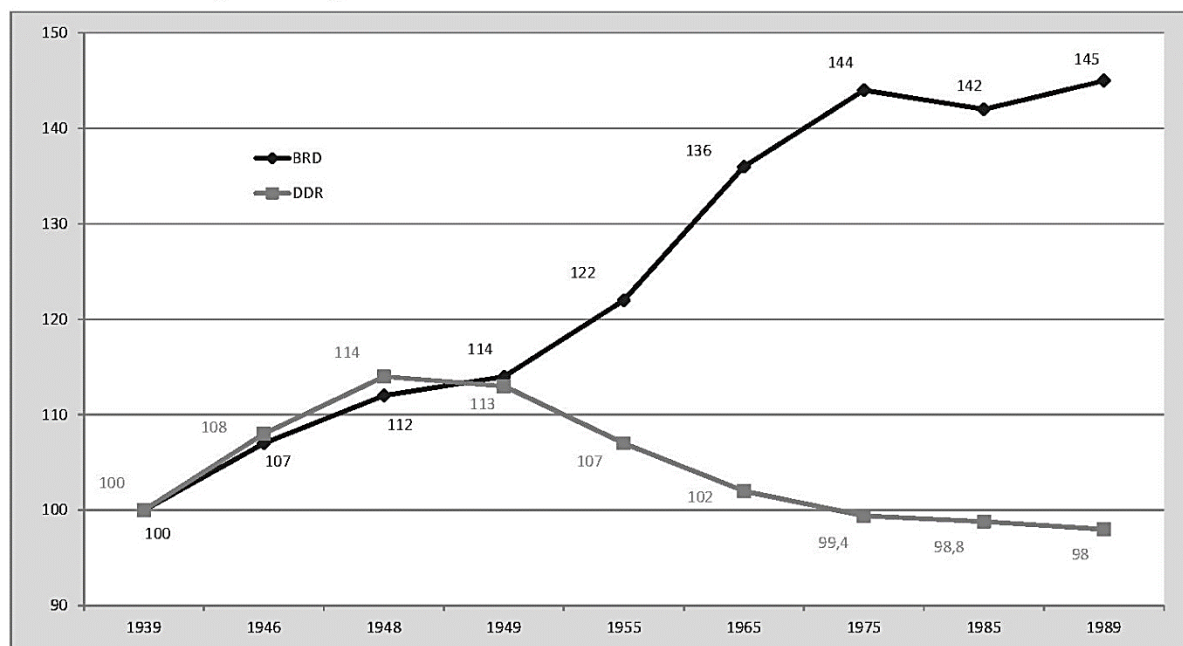


In Preisen von 1989 auf DM-Basis; Quelle: Merkel/Wahl 1991.

Die beiden Deutschlands bildeten nach 1945 gleichsam die Speerspitzen im jahrzehntelangen Kampf der Systeme. Als sich die beiden Staaten 1949 gründeten, waren die Weichen für unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen bereits gestellt. Das Modell Bundesrepublik fußte auf einer freiheitlichen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, das ostdeutsche auf einer sozialistischen Ein-Parteien-Diktatur mit zentralistischer Planwirtschaft. Politiker beider Seiten waren überzeugt, das jeweils eigene System sei dem anderen überlegen und die Bevölkerung des anderen Teils würde, wie von einem Magneten angezogen, zum Konkurrenzmodell überlaufen. Die Magneten waren, wie im November 1989 deutlich werden sollte, Freiheit und Wohlstand.

Viele Menschen stimmten unmittelbar nach der Teilung Deutschlands mit den Füßen ab. Die Flucht von knapp vier Millionen Menschen bis zur vollständigen Schließung der innerdeutschen Grenze inklusive dem Bau der Berliner Mauer dokumentiert die Ablehnung des sozialistischen Zwangssystems. In den Jahren danach verließen durch Flucht oder Ausreise jährlich zwischen 13 000 und 50 000 Menschen den SED-Staat. Im Jahr 1989 schwoll die Zahl auf knapp 400 000 an. Insgesamt gingen zwischen 1949 und dem 3. Oktober 1990 etwa 5,2 Millionen Menschen Richtung Westen. Die Gründe hierfür mögen unterschiedlich gewesen sein; einig waren sich die meisten wohl in der Ablehnung der sozialistischen Diktatur. Sie sahen in dem Staat, der sich so zukunftsgerichtet gab, für sich keine Perspektive.

Schaubild 2: Bevölkerungsentwicklung in der BRD und der DDR



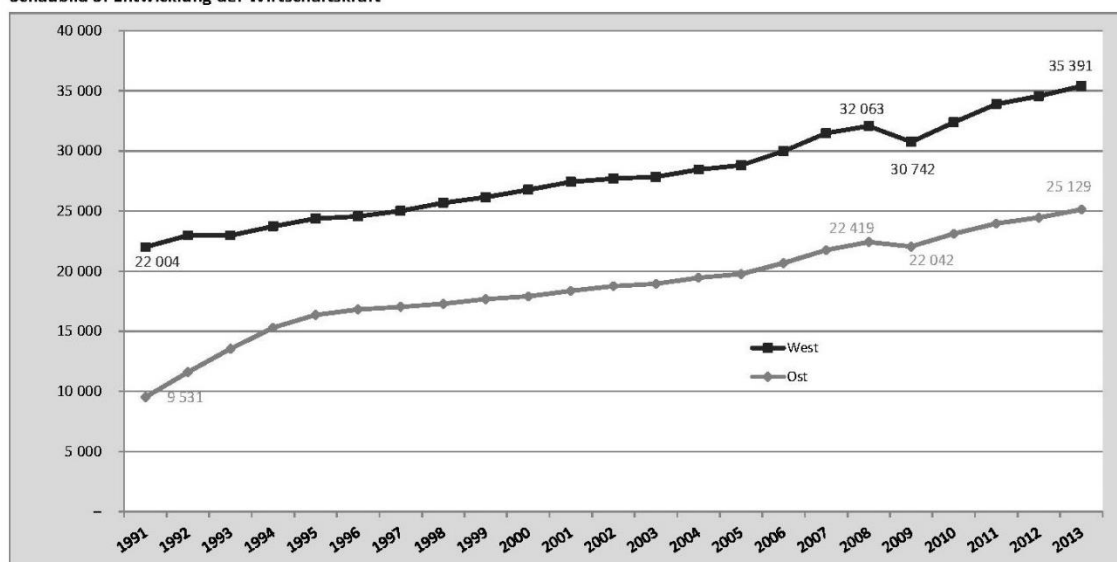
Index (1939=100); Quelle: Merkel/Wahl 1991, S. 70

Angesichts der schnellen Wiedervereinigung und des schon 1990 einsetzenden Finanztransfers ist die nicht nur auf dem Feld der Ökonomie katastrophale Schlußbilanz der DDR den meisten Betrachtern aus dem Sinn geraten. Der nüchterne Blick auf die Hinterlassenschaften der SED offenbart jedoch, was viele vor dem Fall der Mauer ahnten, aber aufgrund fehlender Öffentlichkeit und rigider Geheimhaltungspolitik der Machthaber nicht konkretisieren konnten: Der SED-Staat hat aus politisch-ideologischen Motiven weit über seine ökonomischen Verhältnisse gelebt, die Umwelt flächendeckend zer-

stört, Innenstädte verfallen lassen und die Menschen in ein zentralistisch gelenktes Korsett von Vorgaben und Kollektiven eingespannt. Dieses Erbe ging in das wiedervereinigte Deutschland ein und wirkt bis zum heutigen Tag nach.

Die Annahme der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl, durch ordnungspolitische Weichenstellungen und massive Transfers binnen weniger Jahre einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung entfalten zu können, erwies sich als Fehlschluß. 24 Jahre später liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Osten bei etwa 70 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Produktivität bei etwa 80 Prozent. Zum Ende der DDR waren es nur rund 33 bzw. 27 Prozent. Das ist zwar ein deutlicher Anstieg, der aber die zu hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllt. Schon seit geraumer Zeit stockt der Angleichungsprozeß, die Wachstumsraten der Wirtschaft verlaufen parallel. Ostdeutschland holt schon seit Ende der 1990er Jahre kaum noch auf. Allerdings entwickelten sich auch die ostdeutschen Regionen auseinander. Prosperierende Regionen erreichen inzwischen das untere westdeutsche Niveau, schwächere fallen weiter zurück. Dennoch sind weiterhin die regionalen Differenzen deutlich niedriger als im Westen.

Schaubild 3: Entwicklung der Wirtschaftskraft



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in West- und Ostdeutschland in Euro zu jeweiligen Preisen, Berlin wurde Ostdeutschland zugerechnet. Datenbasis: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder

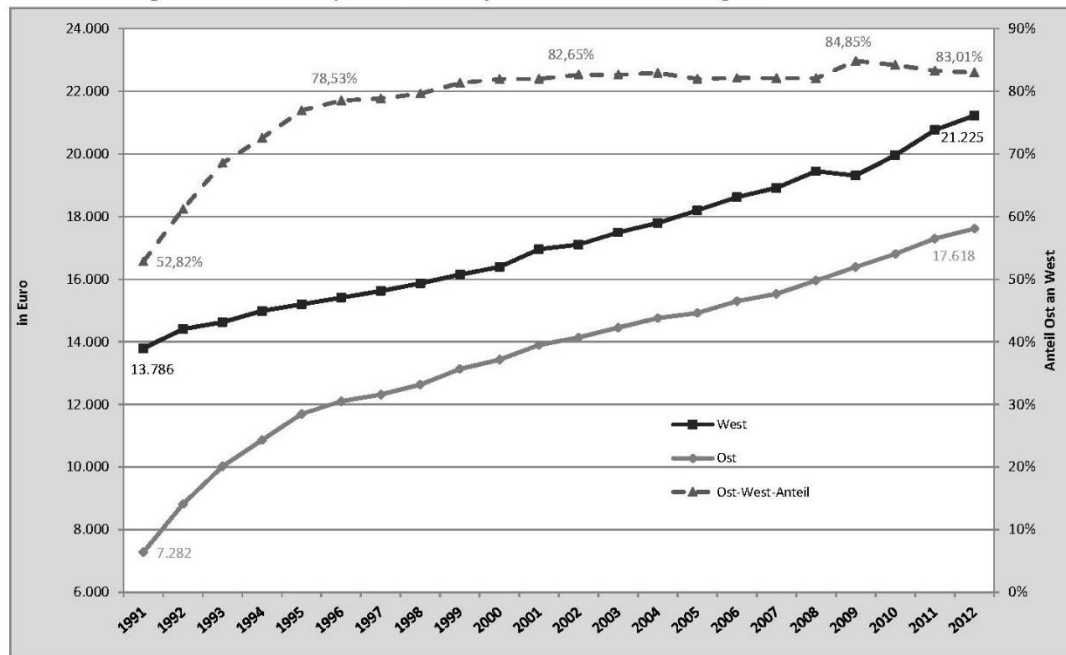
Durch den von der Bundesregierung eingeschlagenen sozialen und konsumorientierten Vereinigungspfad, der zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost voraussetzte, vollzogen sich unmittelbar nach der Vereinigung materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit, denen aber das wirtschaftliche Fundament fehlte. Schon Mitte der 1990er Jahre lebten etwa drei Viertel der Deutschen in Ost und West unter fast gleichen materiellen Bedingungen. Danach verlangsamte sich die materielle Annäherung der Haushalte, um nach der Jahrtausendwende zu stagnieren.

Unter Berücksichtigung fortbestehender regionaler Kaufkraftunterschiede erreichen die ostdeutschen Haushaltseinkommen inzwischen etwa 85 bis 90 Prozent des Westniveaus. Noch bestehende und nur langfristig abschmelzende Unterschiede existieren insbesondere in der Verteilung des Vermögens und der hieraus resultierenden Einkommen. Aber selbst auf diesem Feld läßt sich eine erstaunliche relative Verbesserung für ostdeutsche Haushalte konstatieren: Ihre durchschnittlichen Geldvermögen stiegen in den vergangenen 24 Jahren von etwa einem Fünftel auf knapp 60 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Werden die kapitalisierten Besitzansprüche an die gesetzlichen Rentenversicherungen einbezogen, erreichen Ostdeutsche – je nach Alter und Geschlecht – sogar etwa 70 bis 80 Prozent des westdeutschen Niveaus. Größer geworden ist der Unterschied bei den Immobilienvermögen, deren Wert im Westen in den letzten Jahren deutlicher als im Osten gestiegen ist.

Die eigentliche Dimension der Wohlstandsentwicklung nach 1990 wird erst in einer historischen Perspektive deutlich. Die ostdeutschen Haushalte starteten zum Zeitpunkt der Vereinigung kaufkraftbereinigt in etwa auf einem Niveau, das ein durchschnittlicher westdeutscher Haushalt Ende der 1950er Jahre erreicht hatte. Mitte/Ende der 1990er Jahre waren sie ungefähr im westlichen Wohlstand der späten 1980er Jahre angelangt. Also vollzog sich in kurzer Zeit ein Wohlstandssprung, der in der alten Bundesrepublik etwa dreißig Jahre dauerte; seither ist der Angleichungsprozeß aber gestoppt. Er konnte in diesem Tempo nur aufgrund massiver Transfers erfolgen. Die Leistungskraft und Struktur der DDR-Wirtschaft lag 1989/90 in etwa auf dem Niveau der bundesrepublikanischen Wirtschaft von Anfang der 1960er Jahre. Heute liegen die neuen Länder in etwa auf dem Niveau der alten von Anfang der 1980er Jahre.

Schaubild 4: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Ost-West-Vergleich



Ost und West jeweils ohne Berlin. Quelle: VGR der Länder.

Der durchschnittliche Lebensstandard ostdeutscher Haushalte hat sich im Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern dem westdeutschen Niveau angeglichen und ihn aufgrund von Neuanschaffungen in einigen Bereichen sogar überholt. Die sozialen Differenzierungsmechanismen wandelten sich in den neuen Ländern grundlegend. Dort entstand nach der Wiedervereinigung eine nach anderen Kriterien als zuvor materiell und sozial ausdifferenzierte Gesellschaft, die ungleicher und vielfältiger und damit der westdeutschen ähnlicher geworden ist. Aber es finden sich in ihr nach wie vor Überbleibsel alter Verhältnisse, die sich zum Teil in das neue System einfügen, ihm zum Teil aber auch fremd bleiben.

Trotz der lebensgeschichtlichen Umbrüche, die die meisten Menschen betrafen, änderten sich die sozialen Hierarchien zumindest bei älteren Generationen nach der Transformation nur wenig. Die in der DDR privilegierten Beschäftigtengruppen konnten, sei es

als Arbeitnehmer, Selbständige oder als Rentner, auch nach der Vereinigung ihre Vorrangstellung behaupten, wie lebensbiographische Studien zeigen. Sie wurden seltener arbeitslos und waren weniger von sozialem Abstieg bedroht. Durch die Währungsumstellung und die Sozialunion sicherten sie sich zudem ihre schon zu DDR-Zeiten vorhandenen überdurchschnittlichen Vermögen und vergleichsweise hohen Renten.

Wie ungleich die Einkommen und vor allem die Geldvermögen verteilt waren, erfuhr die Bevölkerung erst im nachhinein. So verfügten die oberen zehn Prozent der DDR-Haushalte über knapp achtzehn Prozent der Haushaltsnettoeinkommen und das untere Zehntel über etwa vier Prozent. Noch ungleicher waren die Vermögen verteilt: Etwa zehn Prozent der Konteninhaber besaßen rund 60 Prozent des Geldvermögens. Die Vermögensungleichheit in der DDR entsprach insofern der in der (alten) Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. Warum sich systemübergreifend eine in etwa gleiche Vermögensungleichheit entwickelte, ist bisher nicht erforscht worden.

Die Vertreibung der wirtschaftlichen Eliten durch die SED und die Verstaatlichung auch mittlerer und kleiner Betriebe – letztmals Anfang der 1970er Jahre – gehörten nach 1990 zu den größten Problemen Ostdeutschlands. Wie der unmittelbar nach dem Mauerfall einsetzende Gründungsboom eindrucksvoll belegt, war bei vielen Ostdeutschen die Bereitschaft vorhanden, unternehmerisch tätig zu werden, aber es fehlte in der Breite und Tiefe an Qualifikationen. Viele Unternehmen konnten sich nicht am Markt etablieren. Doch nach einigen Jahren war dieses Problem überwunden. Seitdem hat sich eine neue Unternehmerschicht herausgebildet, die in kleinen und mittleren Betrieben die Mehrzahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. In der DDR war der private Sektor zum Schluß marginalisiert, auch gab es kaum Personen, die als Freiberufler tätig waren. Inzwischen erreicht auch der Anteil der Selbständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung westdeutsches Niveau.

Die Transformation einer zentral geleiteten Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft konnte sich nicht an historischen Vorbildern orientieren und mußte daher aus dem Stand erfolgen. Als naiv entpuppte sich schon bald die Vorstellung, allein die Übertragung von Institutionen und Ordnungsprinzipien würde marktwirtschaftliches Verhalten hervorbringen, denn dabei blieben die Mentalität der Akteure, ihre Erfahrungen und Erwartungen unberücksichtigt. Angesichts der katastrophalen Schlußbilanz der DDR und einiger falscher Weichenstellungen, zum Beispiel durch zu schnelle Lohnerhöhungen und den Umtauschkurs von DDR-Mark in D-Mark, dauerte die ökonomische Konsolidierung länger als erwartet und die Transformationskosten fielen höher als gehofft aus.

Schon 1990 überwies die Bundesrepublik mindestens 60 Milliarden D-Mark in die DDR und die neuen Länder, damit Löhne und Renten bezahlt werden konnten. In den Jahren danach stiegen die Bruttotransferzahlungen deutlich an, erreichten zur Jahrtausendwende die Grenze von jährlich 100 Milliarden Euro und liegen derzeit bei etwa 80 Milliarden Euro. Nach Schätzungen flossen zwischen Anfang 1990 und Ende 2014 etwa 1,6 bis knapp 1,9 Billionen Euro in die neuen Länder. Neben Sonderzahlungen zum sogenannten Aufbau Ost, die etwa 300 Milliarden Euro ausmachen, resultieren die Transfers vor allem aus dem Länderfinanzausgleich und den sozialen Sicherungssystemen. Die gesetzlichen Regelungen gelten für das gesamte Deutschland. Auch westliche Länder wie zum Beispiel Bremen und das Saarland profitieren in hohem Maße davon. Aus letztgenanntem Grund bezeichnen einige Wissenschaftler und Politiker die Transfersummen *nicht* als „Kosten der Einheit“.

In den sozialen Sektor dürften gut 65 Prozent der Transfers geflossen sein. Wieviel wann wohin transferiert wurde, haben Bundesregierungen nach 1999 nicht mehr errechnet. Die tatsächlichen Kosten der Einheit sollten verschleiert werden – vermutlich, um eine

Neiddebatte zu verhindern. Die Sozialtransfers werden sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen, da die Bevölkerung in den neuen Ländern einen höheren Altersdurchschnitt aufweist und damit die Zahl der Rentner relativ stärker als im Westen ansteigen wird.

Die enormen Transfersummen kommen jedoch, was oft übersehen wird, nicht nur Ostdeutschen zugute; ein Großteil fließt in die westdeutsche Wirtschaft und ins Ausland, zum Beispiel durch Reisen und Importgüter. Aus Sicht hochverschuldeter und von Arbeitslosigkeit geplagter westdeutscher Regionen bevorzugen die Transfers und Sonderzahlungen auch ostdeutsche Regionen, denen es besser geht als den westdeutschen Solidaritätszahlern. Von daher ist es schon seit Jahren überfällig, strukturschwache Regionen überall gezielt zu fördern und nicht nur im Osten.

Die West-Ost-Transfers werden vor allem über die Sozialbeiträge, Steuern inklusive des Solidaritätszuschlages sowie durch Verschuldung finanziert. Die Gesamtschulden der öffentlichen Haushalte erhöhten sich zwischen 1990 und 2014 von knapp 600 Milliarden Euro auf gut zwei Billionen Euro, was einem Anstieg der Schuldenquote von 38,8 auf 78,4 Prozent entspricht. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Zunahme der Verschuldung nach 1990 allein dem Wiedervereinigungsprozeß zuzuschreiben. Rechnet man die zuvor aufgenommenen Schulden hoch, entfiel geschätzt etwa die Hälfte der neuen Schulden auf die Finanzierung der Einheit.

Die Hauptfinanziers der deutschen Einheit sind vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, die monatlich zwischen 3 500 und 6 000 Euro verdienen. Skandalös ist, daß andere soziale Gruppen wie Beamte und Selbständige, die nicht sozialbeitragspflichtig sind, von den Transfers nur unterdurchschnittlich betroffen sind. Die Bevorzugung von Beamten durch die Politik setzt sich also auch auf diesem Feld fort.

Die schnelle und umfassende Privatisierung der Staatsbetriebe durch die Treuhand führte zu sozialen Verwerfungen, die durch Frühverrentungen, Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sozial abgefedert wurden. Die hohe Arbeitslosigkeit, die über zwei Jahrzehnte andauerte, war jedoch nicht nur vereinigungsbedingt. Die DDR-Wirtschaft hatte ihre Produktivitätsschwäche durch einen hohen Einsatz von Arbeitskräften kompensiert. Darüber hinaus mußten Betriebe und andere Arbeitgeber aufgrund des Rechts auf Arbeit und der zentralistischen Arbeitskräftelenkung Werkstätige einstellen, die eigentlich überflüssig waren. Arbeitsmarktexperten errechneten 1990 eine verdeckte Arbeitslosigkeit von etwa fünfzehn Prozent.

Der Abbau der Beschäftigung setzte bereits während der Amtszeit der Modrow-Regierung ein und verschärfte sich nach der Einführung der D-Mark im Sommer 1990. Die Zahl der ostdeutschen Erwerbstätigen sank von etwa 9,2 Millionen im Herbst 1989 binnen eines Jahres auf etwa acht Millionen und bis zum ersten Halbjahr 1992 auf etwa 6,8 Millionen. Auf diesem Niveau stabilisierte sich dann die Erwerbstätigkeit. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit blieb bis vor wenigen Jahren auf zweistelligem Niveau und lag damit mehr als zwei Jahrzehnte etwa doppelt so hoch wie die im Westen. Derzeit liegt die Arbeitslosenquote zwar immer noch über dem Westniveau, hat aber mit 9,4 Prozent den Höchststand weit unterschritten.

Die vergleichsweise höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung geht nicht nur auf den Transformationsprozeß zurück, sondern resultiert vor allem aus der höheren Erwerbsquote von Frauen und dem geringeren Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Zwar glichen sich die Anteile in den letzten Jahren stark an, aber immer noch ist in den neuen Ländern die Teilzeitquote insbesondere bei Frauen deutlich niedriger und die Erwerbsquote höher als in den alten.

Die Erwerbs- und Einkommenskonstellationen unterscheiden sich 24 Jahre nach der Einheit immer noch etwas voneinander. Dem männlichen Familienernährermodell im Westen steht das familiäre Zwei-Verdiener-Modell im Osten gegenüber. In der DDR war das Zwei-Verdiener-Modell mit zumeist zwei in Vollzeit erwerbstätigen Partnern typisch. In mehr als jedem dritten ostdeutschen Haushalt war die Frau die Haupteinkommensbezieherin, in Westdeutschland nur in etwa jedem vierten Haushalt.

Die klassische männliche Ernährerfamilie existiert aktuell zwar auch im Westen nur bei einer kleinen Minderheit, liegt aber weiterhin höher als im Osten (West: zwanzig Prozent, Ost: zehn Prozent). Unterschiedlich fallen auch die Anteile von gemeinsam vollzeitbeschäftigten Partnern aus. In den neuen Ländern ist dies bei über 40 Prozent der Partnerschaften der Fall, im Westen bei nicht einmal 30 Prozent.

Auch bei den innerfamiliären Einkommensrelationen gibt es erstaunliche Kontinuitäten und Unterschiede zwischen Ost und West. Im Osten beteiligten sich zum Ende der DDR Frauen mit 32 Prozent am Haushaltsnettoeinkommen, im Westen mit nicht einmal zwanzig Prozent. Im letzten Erhebungszeitraum 2011 trugen Frauen im Osten knapp 39 Prozent zum Einkommen bei, im Westen nur 28 Prozent. In Ostdeutschland verdienen in etwa jedem zweiten Paarhaushalt beide Partner in etwa gleich viel, im Westen ist dies nur bei etwa jedem dritten Haushalt der Fall. In etwa jedem vierten ostdeutschen Partnerhaushalt trägt die Frau das meiste Geld zum Haushaltseinkommen bei, im Westen sind es mit etwa zehn Prozent deutlich weniger. Diese Entwicklung dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Partnerschaft sein, da sich in beiden Landesteilen zumindest in den Köpfen der meisten Männer die traditionelle Verdienstreue gehalten hat.

Der anfängliche breite politische und mentale Graben hat sich, allerdings deutlich verkleinert, bis zum heutigen Tag gehalten. Wir sehen Differenzen im Wahlverhalten, im politischen und ehrenamtlichen Engagement sowie in den Einstellungen zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf diesen Feldern ist in den vergangenen 25 Jahren nur mühsam etwas zusammengewachsen. Zwar veränderten sich seit 1990 Einstellungen in die eine oder andere Richtung und näherten sich manchmal sogar an, aber der Graben existiert weiterhin.

Die neuen Institutionen sind vielen Ostdeutschen fremd geblieben. Die Ernüchterung über die Realität führte nicht nur bei Ewiggestrigen zu einer Renaissance sozialistischen Gedankenguts, wonach die kapitalistische Bundesrepublik von sozialer Kälte beherrscht werde, auch Normalbürger sahen sich als vom Westen bzw. vom Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet. Hiervon profitierte vor allem die erst in PDS und nach einer Fusion mit einer kleinen Gruppe linker Gewerkschaftler in „Die Linke“ umbenannte SED, die bei Wahlen ihren relativen Stimmenanteil in Ostdeutschland verdoppeln konnte und sich auch im Westen ausbreitete.

Ostdeutsche sind seit Anfang der 1990er Jahre empfänglicher für extremistische und populistische Parteien. Diese erzielten nicht nur bei Landtagswahlen, sondern auch bei der Bundestagswahl deutlich bessere Ergebnisse als im Westen. Bei der letzten Wahl im Herbst 2013 erreichten rechtsextreme Parteien im Osten einen Zweitstimmenanteil von knapp drei Prozent gegenüber etwa ein Prozent im Westen.

In ihren Wahlmotiven und Erwartungen an die von ihnen bevorzugten Parteien liegen Ostdeutsche viel dichter zusammen als die Bewohner der alten Länder, wobei Wertorientierungen zum Teil noch deutlich von den Erfahrungen im realen Sozialismus geprägt sind. In vielerlei Hinsicht haben Ostdeutsche mit ihren Landsleuten, selbst wenn diese für eine andere Partei votieren, immer noch mehr gemeinsam als mit vielen westdeutschen Wählern der gleichen Partei. Außerdem ähneln sich die Parteien in ihren speziell

auf Ostdeutschland zugeschnittenen Vorstellungen stärker als im Westen, wo Wahlkämpfe deutlich polarisierter geführt werden.

Die Ostdeutschen mußten sich quasi über Nacht in einem Gesellschaftssystem zurechtfinden, das konträr zu ihrem gewohnten stand. Sofort begann ein Anpassungsprozeß, der nicht ohne Brüche und Reibungsverluste verlaufen konnte. Die nach der Vereinigung erforderlichen Werte und Normen hatten viele nicht erlernen können. Es mangelte an unabhängigem Geist, Selbstbewußtsein, angemessenem Umgang mit Freiheit sowie Verantwortung gleichermaßen für sich selbst und für das Gemeinwesen. So kann es nicht verwundern, wenn diese Dimensionen einer zivilen Gesellschaft nach der Wiedervereinigung ein nur zartes Pflänzchen darstellten. Das hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten zwar verändert, aber immer noch gibt es ostdeutsche Regionen, in denen zivilgesellschaftliches Engagement kaum vorhanden ist.

Weiterhin ist das rechtsextreme Personenpotenzial im Osten deutlich größer, und es gibt in den neuen Ländern etwa doppelt so viele rechtsextreme Gewalttaten wie in den alten. Auch die Ausländerfeindlichkeit ist – trotz niedrigerem Ausländeranteil – erheblich stärker verbreitet. Als in Hoyerswerda und Rostock Anfang der 1990er Jahre Jugendliche Ausländer gewalttätig angriffen, während sich die Polizei zurückhielt, wurde einer erstaunten und entsetzten westdeutschen Öffentlichkeit vor Augen geführt, was in der DDR im verborgenen geschlummert hatte, dort nicht thematisiert werden durfte und erst nach der Wiedervereinigung unter den Bedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft zum Ausbruch kam. Öffentliche Verwahrlosung, höhere Gewaltbereitschaft und fremdenfeindliche Einstellungen waren im Kern schon vor 1989 stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Eine weit verbreitete rechtsextreme Szene und vor allem gewaltbereite Skinhead-Gruppen gab es bereits vor der Vereinigung, auch wenn die SED das offiziell leugnete. Erst nach dem Fall der Mauer sprach die DDR-Kriminalpolizei von reaktionär-militaristischen und neofaschistischen Gruppen und Personen, die sich radikalisiert hätten und die zu „Keimzellen für terroristische Verbindungen“ werden könnten. Das rassistisch motivierte mutmaßliche Mördertrio NSU machte diese Spekulation Jahre später zur traurigen Realität.

Verrohung und Gleichgültigkeit sind aber auch Folgen des radikalen sozialen Wandels nach der Vereinigung. Viele Menschen wurden aus überschaubaren sozialen Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen. Alte Sicherheiten, auch wenn sie zuvor als einengend empfunden worden waren, verschwanden und hinterließen eine Leerstelle. Die neue Freiheit setzte vorerst vermeintlich keine Grenzen. Auf sich allein gestellt, fehlte vielen Jugendlichen das Gefühl, gebraucht und anerkannt zu werden. In der alleingelassenen Jugend, die keine Vorbilder und Autoritäten mehr hatte, konnten rechtsextreme Rattenfänger Fuß fassen. Die schon vorhandene gewaltbereite rechtsextreme Szene breitete sich rasch aus und hat sich bis zum heutigen Tag in mehreren Generationsschüben gehalten.

Nirgendwo unterscheiden sich die Haltungen ost- und westdeutscher Bundesbürger stärker als in Glaubensfragen. Während im Westen trotz rapide sinkender Anteile religiös eingestellte und kirchlich gebundene Menschen die absolute Mehrheit in der Bevölkerung ausmachen, ist im Osten eine sehr breite Mehrheit konfessionslos. Die von der SED seit den frühen 1950er Jahren auch mit brachialen Mitteln betriebene Entchristianisierung hat sich insofern fortgesetzt. In keinem postsozialistischen Land ist die Zahl der Atheisten so hoch wie auf dem ehemaligen Territorium der DDR.

Angesichts der diametralen Folgen von Überfluß und Mangelwirtschaft hatte sich das Verhältnis der Menschen in und zwischen den beiden Deutschlands nicht zueinander und miteinander, sondern auseinanderentwickelt. Soziales Verhalten zur Kompensation

des alltäglichen Mangels war in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren nicht mehr nötig. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen entstanden über gemeinsame Interessen und Aktivitäten und kaum über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Arbeitsbeziehungen und gemeinsame Betriebszugehörigkeit.

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ordneten sich nur knapp 40 Prozent der Ostdeutschen der Mittel- und Oberschicht zu, im Westen waren es 71 Prozent. Bis zum letzten Erhebungsjahr 2012 stieg der Anteil im Osten auf 58 Prozent, im Westen auf 77 Prozent. Wir sehen also eine Angleichung bei immer noch hoher Differenz, die aus dem Blick vieler Ostdeutscher nach Westen resultiert.

In der subjektiven Wahrnehmung existiert auch heute noch eine „Mauer in den Köpfen“, die sich im letzten Jahrzehnt sogar verfestigt hat. In der jüngsten Umfrage aus Brandenburg bejahen diese Annahme 60 Prozent der Befragten insgesamt und auch eine absolute Mehrheit der 18 bis 29-Jährigen.

Tabelle 1: Wechselseitige Zuschreibungen*

	Westdeutsche: Das trifft eher auf Ostdeutsche zu								
	2002	2004	2006	2008	2009	2010	2011	2012	2014
Die Ostdeutschen sind:									
Unzufrieden	47 %	51 %	49 %	51 %	-	46 %	-	51 %	51 %
Mißtrauisch	42 %	42 %	41 %	-	-	-	-	42 %	44 %
Ängstlich	27 %	34 %	29 %	26 %	36 %	25 %	-	-	-
Bequem	27 %	32 %	25 %	-	-	-	-	-	-
	Ostdeutsche: Das trifft eher auf Westdeutsche zu								
	2002	2004	2006	2008	2009	2010	2011	2012	2014
Die Westdeutschen sind:									
Arrogant	69 %	77 %	72 %	79 %	71 %	69 %	64 %	71 %	76 %
Auf Geld aus	61 %	64 %	61 %	61 %	63 %	54 %	54 %	57 %	57 %
Selbstbewußt	50 %	55 %	56 %	46 %	56 %	50 %	50 %	-	55 %
Bürokratisch	47 %	49 %	40 %	44 %	40 %	34 %	-	45 %	-
Oberflächlich	38 %	44 %	39 %	-	-	-	-	45 %	-

*Frage: „Hier auf diesen Karten ist einiges aufgeschrieben. Das ist sicher nicht ganz einfach zu sagen, aber was meinen Sie, trifft eher auf Westdeutsche zu und was eher auf Ostdeutsche?“

Summe der negativen Zuschreibungen (Westdeutsche/Ostdeutsche) 2002: 133/256; 2012: 152/250

Datenquelle: Institut für Demoskopie Allensbach (Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10084, 10098); Studie „Wertewandel Ost“ 2014.

Wechselseitige Vorurteile existieren weiterhin. Westdeutsche halten Ostdeutsche für unzufrieden, mißtrauisch, ängstlich und zurückhaltend, umgekehrt charakterisieren Ostdeutsche die Westdeutschen als arrogant, nur aufs Geld bezogen, selbstbewußt und oberflächlich. Diese Stereotypen sind auch bei den Jüngeren anzutreffen. Dabei gibt es eine Ost-West-Schiefelage, das heißt Westdeutsche billigen den Ostdeutschen deutlich mehr positive Eigenschaften zu als Ostdeutsche den Westdeutschen. Auch fallen die Negativbewertungen durch Ostdeutsche intensiver aus. Noch stärker differiert das Selbstbild. Während sich die Westdeutschen mehr negative als positive Eigenschaften zuordnen, sehen sich die Ostdeutschen vor allem positiv.

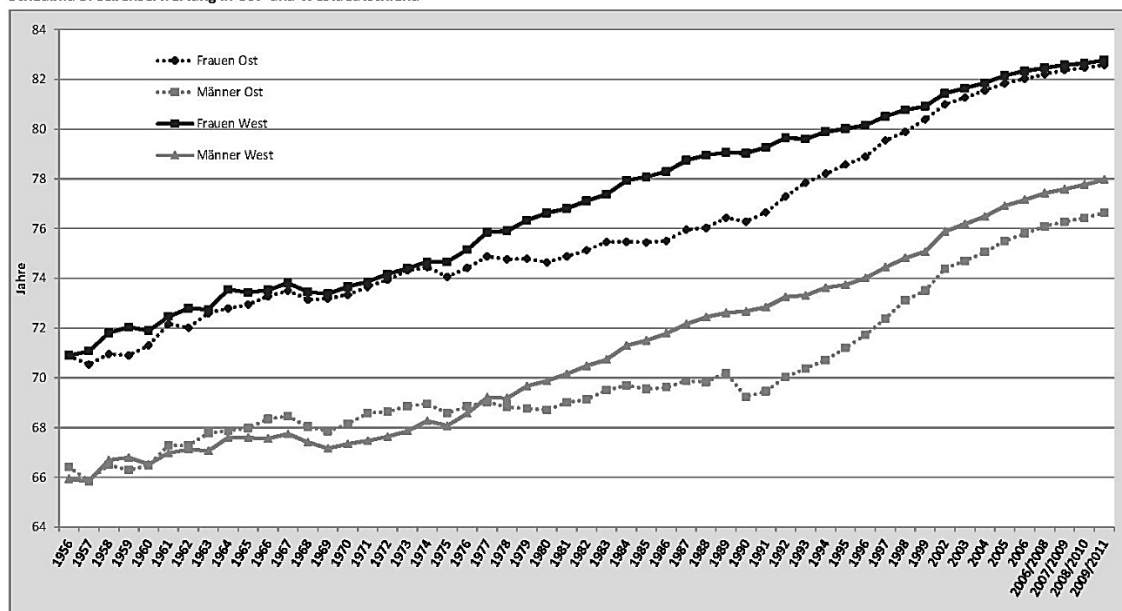
Der Anteil derjenigen, die mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen sieht, sank zwar im letzten Jahrzehnt, liegt aber immer noch über dem Anteil derjenigen, die mehr Gemeinsamkeiten sehen. Zugenommen hat dagegen die Identifikation der neuen Bundesbürger mit Deutschland. Seit dem Jahr 2010 fühlt sich im Osten ebenso wie im Westen eine knappe bzw. breite Mehrheit in erster Linie als Deutscher und nicht als Ost- oder Westdeutscher. Bei den Jüngeren sind es sogar knapp drei Viertel und damit ebenso viele wie in Westdeutschland. Absolute Mehrheiten in beiden Landesteilen betonen, es habe keinen Sinn mehr, auf die Unterschiede zwischen Ost und West hinzuweisen.

So verschieden sich die Deutschen in Ost und West in der wechselseitigen Wahrnehmung vorkommen mögen und es tatsächlich zumindest bei den älteren Generationen auch sind, so ähnlich werden sie von außen gesehen. Die gemeinsamen, als typisch deutsch erachteten Züge treten in der Außenbetrachtung stärker hervor als die Differenzierungen und Gräben.

Jüngere Generationen werden zwar weiterhin auch in ihrem Familienkreis geprägt, aber ihre Werte und Vorstellungen sind in etwa gleich. Allenfalls im Blick auf die untergegangene DDR unterscheiden sie sich. Aus Mitleid mit den Eltern, die ihnen diese Sicht vermitteln, sehen ostdeutsche Jugendliche die sozialistische Diktatur vor allem als sozialen Staat und solidarische Gesellschaft und blenden die diktatorischen Seiten aus. Westdeutsche dagegen haben mehrheitlich keinen Zweifel am Diktaturcharakter der DDR. Das wiedervereinigte Deutschland ist aber für breite Mehrheiten der jungen Generation in beiden Landesteilen ein positiver und verbindender Bezugspunkt.

Die positiven Seiten des Wiedervereinigungsprozesses werden oft übersehen, die negativen überbetont. So gerät aus dem Blick, daß die Umwelt umfassend saniert und die Infrastruktur ebenfalls umfassend modernisiert wurden. Viele nahezu verfallende ostdeutsche Innenstädte erstrahlen in neuem Glanz. Aber auch die einzelnen Menschen profitieren von der schnellen Wohlstandsangleichung und der Verbesserung des Gesundheitswesens. Die Lebenserwartung, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Ostdeutschland deutlich niedriger lag als in Westdeutschland, liegt bei Frauen inzwischen auf annähernd gleichem Niveau und bei Männern nur noch etwa ein Jahr auseinander. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Demographische Forschung in Rostock errechneten, daß ein Euro Transfer aus dem Westen die Lebenserwartung der Ostdeutschen um drei Stunden erhöht hätte.

Schaubild 5: Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland



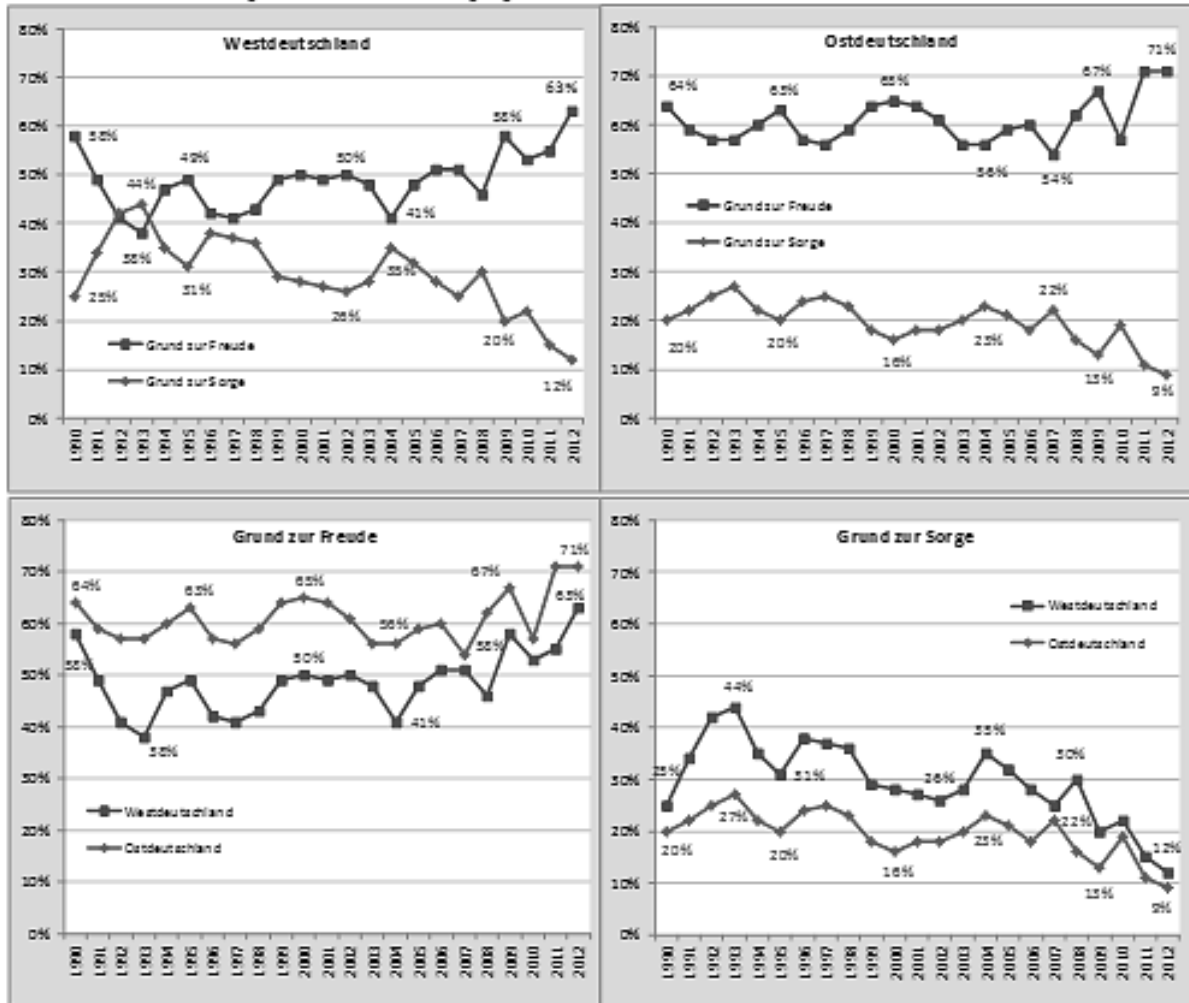
Quelle: Human Mortality Database; University of California, Berkeley und Max Planck Institute for Demographic Research; Statistisches Bundesamt, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Sterbetafeln.

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion ist die „Ostalgie“ keineswegs so verbreitet wie die „Westalgie“. Zwar sehen viele Ostdeutsche mehr gute als schlechte Seiten der DDR, aber zurück in die reale DDR will kaum einer. Gefragt, wann es ihrem Gefühl nach Deutschland am besten ging, antworteten 58 Prozent der Ostdeutschen und

nur 27 Prozent der Westdeutschen: im wiedervereinigten Deutschland. Eine breite Mehrheit der Westdeutschen (65 Prozent) nannte dagegen die Zeit zwischen 1945 und 1989. Diese Auffassung teilten nur 28 Prozent der neuen Bundesbürger.

Seit der Jahrtausendwende sehen auch in Westdeutschland zunehmend mehr Menschen die Wiedervereinigung eher mit Freude als mit Sorge. Inzwischen sind sich die Deutschen einig, daß die Wiedervereinigung ein Grund zur Freude ist.

Scheubild 6: Freude und Sorge über die Wiedervereinigung in West- und Ostdeutschland*



*Frage: Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlaß zur Freude oder eher zur Sorge? Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfragen.

Der Blick auf andere europäische Länder zeigt, wie erfolgreich Deutschland die Wiedervereinigung geschultert hat. Daran ändern auch fortbestehende Unterschiede zwischen Ost und West nichts. Die derzeit noch vorhandenen Gräben zwischen den erfahrungs- und systemgeprägten Mentalitäten und Werten können in den nächsten Jahren aber nur zugeschüttet werden, wenn andere Erfahrungen und Einstellungen akzeptiert werden, solange diese nicht an den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft rütteln. Gegenseitiges Verständnis setzt freilich die Bereitschaft voraus, das andere zu verstehen und sich gemeinsam für den Fortbestand einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und pluralistischen Gesellschaft einzusetzen.

Viele Ostdeutsche empfinden die Kritik an der sozialistischen Diktatur als Angriff auf ihre Person. Sie differenzieren nicht zwischen System und Lebenswelt und fordern mehr Anerkennung auch für das System. Doch die kann und darf es pauschal nicht geben. Der individuellen Lebensleistung gebührt Anerkennung, unabhängig davon, in welchem System die Person gelebt hat. Gerade an dieser Differenzierung mangelt es bis zum heutigen Tag. Westdeutsche rechnen sich die Überlegenheit ihres Systems zu und werten gleichzeitig Ostdeutsche gemeinsam mit ihrem alten System ab. Erst wenn dieses Mißverständnis ausgeräumt ist, kann das Zusammenwachsen ohne individuelle oder sogar kollektive Kränkungen gelingen. Dabei darf jedoch die notwendige Delegitimierung der sozialistischen Diktatur nicht zugunsten der Anerkennung individueller Lebensleistungen aufgegeben werden.